

18/2007

DIETER KLEIN

Das Eigentum – Alternativen zur Privatisierung

Mit größerer Wucht als je zuvor kehrt die Eigentumsfrage in die Alltagserfahrungen vieler Bürgerinnen und Bürger zurück. Privatisierung bisher öffentlicher Güter und Daseinsvorsorge, öffentlichen Eigentums und öffentlicher Räume ist ein neoliberales Kernprojekt für die ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts.¹ Bereits in den zwölf Jahren von 1990 bis 2001 betrugen die Privatisierungserlöse in den OECD-Ländern über 600 Mrd. Dollar, in Deutschland 25 Mrd. Euro.²

1. Privatisierung als ein neoliberales Kernprojekt

Der Neoliberalismus war angetreten, im Namen von Effizienz, Innovation und Wachstum die gesamte Wirtschaft weitgehend privat zu organisieren und möglichst alle Güter in Waren zu verwandeln. Die Errungenschaften sozialer Bändigung des Kapitalismus, der öffentlichen Bereitstellung wichtiger Grundgüter des Lebens wurden und werden rückgängig gemacht. Privatisiert wird die Nutzung öffentlicher Güter, zu denen grundsätzlich alle Menschen freien, gleichen Zugang ohne Zahlung haben. Die Erdatmosphäre als öffentliches Gut von höchster Bedeutung für das Leben auf der Erde wird mit der Ausgabe von Emissionszertifikaten und dem Emissionshandel der Warenwelt einverleibt und deren Gesetzen unterworfen. Das öffentliche Gut Wissen, ruhend auf den Denkresultaten unzählbarer Generationen und im Begriff, in das Zentrum des Produktivkraftsystems im 21. Jahrhundert zu rücken, gerät ebenfalls in die Maschinerie einer „Ökonomie der Enteignung“³. Sicherheit der Bürgerin-

nen und Bürger ist ein weiteres erstrangiges öffentliches Gut, das der fortschreitenden Privatisierung unterliegt. Auf der einen Seite werden die Terrorakte vom 11. September 2001 als Vorwand genutzt, um im Namen des Antiterrorkrieges die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem eigenen Staat durch polizeistaatliche und überwachungsstaatliche Maßnahmen, durch Rasterfahndung und Aushöhlung von Datenschutz bis zu Rückfällen in die Duldung oder sogar Förderung von Folter in Frage zu stellen. Auf der anderen Seite wird der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor kriminellen Taten durch Delegation staatlicher Sicherheitsaufgaben an private Unternehmen zunehmend privatisiert. Sogar der Krieg wird Feld der Privatisierung. Militärische Gewalt wird zur Ware, die auf globalen Gewaltmärkten verkauft wird. Ein „militärisches Unternehmertum“ hat sich herausgebildet. Der Marktumsatz von „Private Military Companies“ wird auf rund 100 Mrd. Dollar im Jahr geschätzt.

Privatisiert wird schrittweise die öffentliche Daseinsvorsorge. Nach den Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) seien die öffentliche Finanzierung oder Teilfinanzierung von Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsleistungen, von öffentlicher Daseinsvorsorge in der Kinderbetreuung, im energie- und wasserwirtschaftlichen Bereich, von öffentlichen Aufgaben in Rundfunk, Fernsehen und Wohnungswirtschaft als „Wettbewerbsverfälschung“ zu betrachten und sollen auslaufen. Dies sei zugleich eine Bedingung, um die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren und den Sozialstaat in einen Wettbewerbsstaat zu verwandeln.

Im Zuge der neoliberalen Reformen wird ferner öffentliches Eigentum direkt in Privateigentum verwandelt – durch den Verkauf von Krankenhäusern, von Bahn und Post, von kommunalen Wohnungsbeständen, Verkehrsunternehmen und Stadtwerken. In manchen Fällen wie im Telekommunikationsbereich führt die Marktkonkurrenz zu Preissenkungen für die Verbraucher. In der Regel sind Massenentlassungen, Senkung der Löhne,

1 Huffschnid, Jörg (Kordinator): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Hamburg 2004; Brühl, Tanja; Debiel, Tobias; Hamm, Brigitte; Hummel, Hartwig; Martins, Jens (Hrsg.): Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn 2001.

2 Financial Market Trends, 2002.

3 Harvey, David: Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 5/2003; Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster 2004.

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und oft der Leistungen für die Kunden die Folge.

2. Verkauf von öffentlichem Eigentum als Problemlösung?

Der neoliberale Privatisierungsprozess und seine Folgen legen der Linken zwingend Widerstand gegen Privatisierung und Deregulierung, Verteidigung des öffentlichen Eigentums und Einsatz für seine bestmögliche Nutzung zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger nahe. In den „Programmatischen Eckpunkten“ der LINKEN heißt es daher: „In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert und sowohl sozial als auch effizient gestaltet werden kann.“⁴

Abwägungen

Gleichwohl kann es immer wieder gute Gründe für (Teil-)Privatisierungen kommunalen Eigentums geben. Oft ist die Überwindung der Finanznot einer Kommune nicht absehbar. Wenn in solchem Fall der Effekt der Verwendung von Verkaufserlösen – z. B. für die Sanierung von kommunalem Wohnungsbestand oder für die Kinderbetreuung in kommunalen Einrichtungen – größer ist als beispielsweise der Vorteil des Erhalts eines kommunalen Wirtschaftsunternehmens ohne Funktionen für die öffentliche Daseinsvorsorge, können auch linke Kommunalpolitiker einen Verkauf in Betracht ziehen, ohne dass ihnen neoliberale Neigungen vorzuwerfen sind. Abzuwägen ist in jedem konkreten Fall auch, ob in einer verschuldeten Kommune der Verlust öffentlicher Steuerungsfähigkeit durch die Privatisierung von bisher öffentlichem Eigentum oder ob der Verlust größer ist, den eine Kommune durch die permanente Aneignung von Steuermitteln beim Schuldendienst zugunsten der Gläubiger, in der Regel von Banken, erleidet. Die vollständige Privatisierung des Wohnungsbestandes einer Kommune beschränkt allerdings ihre wohnungspolitischen Möglichkeiten in kaum hinnehmbarem Maße. Sie sollte in der Lage bleiben, durch die Vergabe kommunaler Wohnungen sozial schwache Familien zu erschwinglichen Mieten zu stützen.

Zu beachten ist ferner, dass die Eigentumsobjekte meist funktionell differenziert sind. Die Kernfunktion eines kommunalen Krankenhauses ist die medizinische Versorgung der Patienten, die aus der Sicht linker Eigentumpolitik auf keinen Fall an private Betreiber übergehen sollte. Geringere Bedeutung für die medizinischen Aufgaben mag aber z. B. die Wäscherei haben, die viel-

leicht auch privaten örtlichen Firmen übertragen werden kann, ohne das kommunale Eigentum funktionell zu schwächen oder die Arbeit dort abzuwerten.

Wenn es das Kräfteverhältnis zwischen Kommunen und kleineren Privatunternehmen der Kommune erlaubt zu gewährleisten, dass ein solches Unternehmen hochwertige Leistungen für die Bevölkerung zu angemessenen Preisen, tariflicher Bezahlung der Beschäftigten und ökologischem Wirtschaften anbietet, mag die private Bereitstellung dieser Leistungen für die Kommune durchaus vorteilhaft sein. In solchem Falle müssen vertraglich gesicherte transparente Konditionen und Bindungen, Qualitätskontrolle und demokratische Aufsichtsgremien Bestandteil der öffentlichen Gewährleistung sein. In der Regel wird es möglich sein, örtliche Privatunternehmen zuverlässig an Verträge mit öffentlichen Institutionen zu binden. Dagegen finden hochmobile internationale Investmentfonds fast immer Wege, um Verträge zu unterlaufen. Für solche Anleger sind weder das Wohnen noch Gesundheitsvorsorge usw. wichtige öffentliche Güter, sondern ausschließlich Mittel zur Steigerung ihres Profits und des Wertes ihrer Aktien, des shareholder value.

Die internationalen Fonds erwirtschaften ihre Renditen durch ein ganzes Bündel von Praktiken. Nach dem Kauf von Wohnungsbeständen erfolgt in der Regel das Durchrationalisierung ihrer Bewirtschaftung. Dazu gehören das radikale Ausschöpfen aller Spielräume für Mieterhöhungen, Verringerung des Management- und Betreuungspersonals um meist zehn bis zwanzig Prozent, Kürzung des Aufwandes für Bestandspflege – z.B. Hausmeisterdienste, Grünpflege und Anstrich – oder Vergabe dieser Aufgaben an Niedriglohnunternehmen, Abbau von Gemeinschaftsräumen und -einrichtungen und von Verpflichtungen im Rahmen einer komplexen Stadt- oder Stadtteilentwicklung. Auf solche Weise soll der privatisierte Wohnungsbestand attraktiv für den Wiederverkauf oder für einen Börsengang werden. Ein anderer Weg dahin ist die Sanierung und Modernisierung der eingekauften Wohnungen, um mit Verweis auf die Wertsteigerungen profitable Wiederverkäufe an Mieterinnen und Mieter oder an neue Großverwerber zu ermöglichen.

Dies ist inzwischen die praktische Erfahrung fast überall dort, wo ehemals kommunaler öffentlicher Wohnungsbestand an internationale Finanzfonds verkauft wurde. In Berlin beispielsweise hatte der rot-rote Senat von der vorangegangenen CDU-SPD-Landesregierung eine hoffnungslos überschuldete öffentliche Wohnungswirtschaft übernommen, die durch Misswirtschaft eine Unterstützung öffentlichen Eigentums weitgehend verspielt hatte. Unter diesem Druck der Verhältnisse – insbesondere der Extremverschuldung der Stadt – wurden durch den von SPD und Linkspartei gebildeten Senat 66.000 Wohnungen der städtischen GSW an den Priva-

4 DIE LINKE. Programmatische Eckpunkte, a.a.O.

te Equity Fonds Cerberus/Whitehall veräußert. Dies erfolgte zu einem guten Preis von rund 2 Mrd. Euro. Die Alternative wäre gewesen, Haushaltsausgaben von mindestens 1 Mrd. Euro für dringlichste Aufgaben mit schwerwiegenden sozialen Folgen im Landeshaushalt streichen zu müssen. Inzwischen hat sich die Führung der Berliner Partei DIE LINKE zu weitgehender Verteidigung des öffentlichen Eigentums entschlossen. Ihr Vorsitzender Klaus Lederer schrieb: „Heute sehen wir die Sache mit dem GSW-Verkauf kritischer. Wir halten den GSW-Verkauf, trotzdem wir ihn als Notlagen-Verkauf erklären können, nicht für ein Ruhmesblatt rot-roter Stadtpolitik.“⁵

Linke Politiker werden auch künftig Abwägungen zu treffen haben. Doch dabei darf es nicht bleiben. Linke Politik zielt darüber hinaus darauf, eine Hauptursache für Privatisierungsschritte zu überwinden. Diese Ursache besteht im „Aushungern des Staates“ durch die neoliberale Steuerpolitik. Allein zwischen 2001 und 2004 entstand durch Steuersenkungen für Unternehmen ein Steuerausfall von 91,1 Mrd. Euro gegenüber dem Jahr 2000.⁶ Durch die Unternehmenssteuerreform von 2007 werden dem Haushalt jährlich mindestens weitere 5 bis 6 Mrd. Euro Körperschafts- und Gewerbesteuer entgehen. Die daraus resultierende politisch herbeigeführte Finanzknappheit wird zur Begründung nächster Privatisierungsschritte missbraucht werden.

Linke Eigentumpolitik erfordert dagegen eine gerechte Steuerpolitik nach Leistungsfähigkeit der zu Besteuernden, d. h. eine stärkere Belastung der Großunternehmen, Reichen und Superreichen, um den Zusammenhang zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut produktiv aufzulösen.

Da dies aber den Kommunalpolitikern nicht unmittelbar hilft, werden sie auch weiter zu Kompromissen genötigt sein. Es gehört jedoch zu den Erfahrungen, dass die Privatisierung des bisher Öffentlichen in drei umstürzende Veränderungen mündet:

Drei umstürzende Veränderungen

Erstens wird die Regulationsweise der Wirtschaft und Gesellschaft gravierend und erdumspannend verändert. Mit der Privatisierung werden zugleich Deregulierung und Liberalisierung vorangetrieben. In der Wechselbeziehung von Marktmechanismen und staatlicher Politik verschiebt sich das Gewicht zugunsten der ökonomischen Machteliten auf den Weltmärkten und erodieren die Sozialstaaten. Sie verwandeln sich in Wettbewerbs-

staaten⁷, die die Expansion der „eigenen“ Großunternehmen zu stützen haben. Die neoliberale Suggestion lautet, dass unter dem Druck der Weltmarktkonkurrenz Löhne und Sozialniveaus gesenkt werden müssten, um die nationalen Standorte wettbewerbsfähig zu halten.

„Im Klartext: Erwerbstätige in den frühindustrialisierten Ländern müssen auf ihre gewohnte Arbeitsplatzsicherheit verzichten, hochmobil sein, fast jede sich bietende Arbeitsgelegenheit nutzen und vor allem bereit sein, Einkommenseinbußen hinzunehmen.“ „Aber es sind die Gesetze des Marktes, die der Westen die Welt gelehrt hat.“

Meinhard Miegel: Epochenwende. Berlin 2005

Zweitens verwandeln sich die früheren Rechtsansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf Gesundheit, Bildung, Mobilität und Leistungen sozialer Sicherungssysteme zunehmend in Waren, die aus höchst ungleich gefüllten Geldbeuteln zu zahlen sind. Bürgerinnen und Bürger mutieren zu Kundinnen und Kunden. Die einen, die über ausreichend Geld verfügen, sind die einstweiligen Gewinner. Die anderen, denen es an Einkommen und Vermögen mangelt, sind die Verlierer. Die Spaltung zwischen reich und arm, zwischen oben und unten wird tiefer.

Drittens und nicht zuletzt wird mit diesen Veränderungen der Abbau der Demokratie erheblich vorangetrieben. Entscheidungen, die tief in das Leben der Menschen eingreifen, werden immer mehr von transnationalen Unternehmen und den internationalen Wirtschaftsorganisationen außerhalb jeder demokratischen Kontrolle und immer weniger in den Parlamenten oder gar von den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Lebenswelt getroffen. In den Kommunen, deren öffentliche Unternehmen privatisiert werden und deren Einnahmen über viele Jahre gesunken sind, verlieren die Bürgerinnen und Bürger ihren demokratischen Einfluss auf sie. Es liegt auf der Hand: Der Verkauf von öffentlichem Eigentum mag in manchen konkreten Fällen nicht zu umgehen sein. Die entscheidende Antwort auf die neoliberale Privatisierungsstrategie ist jedoch die Verteidigung des öffentlichen Eigentums mit allen verfügbaren demokratischen Mitteln. Auf kommunaler Ebene ist zudem dringlich, in den noch existierenden kommunalen Unternehmen mit besseren sozialen und ökologischen Ergebnissen zu wirtschaften als in privaten Unternehmen und zugleich die Rechte der dort Beschäftigten voll zur Geltung zu bringen.

⁵ Lederer, Klaus: Öffentliches Eigentum und die Handlungsfähigkeit von Politik. Erfahrungsbericht mit Thesen auf der Tagung der Dresdner Fraktion Linkspartei/PDS am 3./4. April 2006.

⁶ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 6/2005; Eißel, Dieter: Armut und Reichtum in Deutschland. Präsentation auf der Tagung „Reichtum und Macht“, 11.-13. November. Berlin 2005.

⁷ Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Amsterdam und Berlin 1995.

3. Gestaltung des öffentlichen Eigentums

Eine zentrale Aufgabe, die häufig unzureichend wahrgenommen wird, ist die Gestaltung des öffentlichen Eigentums. Nicht selten werden die öffentlichen Unternehmen betriebswirtschaftlich so geleitet, als wären sie Privatunternehmen. Das ist jedoch nicht der Sinn öffentlichen Eigentums.

Unternehmen in öffentlichem Eigentum bedürfen größter Transparenz ihrer Aufgaben, Ziele und Betriebsweisen. Sie bedürfen der Mitbestimmung von Beschäftigten, Kundinnen und Kunden und kommunaler Akteure. Anders ist nicht herauszufinden, was die Arbeitsbedingungen, die Qualität der Leistungen für die Öffentlichkeit, die Preise oder Abgaben und die ökologischen Parameter von privatwirtschaftlichen Angeboten unterscheiden soll. Die Effizienz in öffentlichen Unternehmen umfasst eine andere Balance als in der Privatwirtschaft zwischen sozialem und ökologischem Nutzen für das Gemeinwesen, betriebswirtschaftlichem Gewinn und Arbeitsbedingungen der öffentlich Beschäftigten einschließlich der Geschlechtergleichstellung.

In konkreten Fällen wird unter anderem zu entscheiden sein, ob von einem kommunalen Unternehmen überhaupt ein Gewinn erwartet wird oder ob eher der Wohlfahrtsgewinn für das Gemeinwesen der Maßstab des Wirtschaftens sein soll. Oder es ist zu bestimmen, ob der Gewinn eines kommunalen Betriebes für seine eigenen Aufgaben reinvestiert oder zur Querfinanzierung anderer Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge eingesetzt werden soll. Zur Gestaltung des öffentlichen Eigentums gehört, zwischen öffentlicher Gewährleistung und öffentlicher Erbringung von Gütern und Leistungen zu unterscheiden. Die Grenzen der Gewährleistung liegen dort, wo die Macht der privaten Kapitaleigentümer größer ist als die von staatlichen Institutionen und wo ihre internationale Mobilität kein ausreichendes Gegengewicht durch zwischenstaatliche oder supranationale Regelungen findet. Dann bedarf es öffentlichen Eigentums als Grundlage öffentlicher Bereitstellung. Die Erfahrungen im Wohnungsbereich, aber auch in der Wasser- und Abfallwirtschaft zeigen das sehr deutlich.

Solche Erfahrungen führen seit einiger Zeit dazu, dass sich Kommunen – ernüchert nach zeitweiliger Privatisierungseuphorie – wieder auf die Vorteile kommunalen Eigentums besinnen und erfolgreich damit wirtschaften.

„Der Spiegel“ vom 11. Juni 2007: „Eine tot geglaubte Sparte der Ökonomie erlebt eine überraschende Renaissance: die Kommunalwirtschaft. ›Wir spüren einen deutlichen Trend, privatisierte öffentliche Aufgaben wieder zu rekommunalisieren.‹ sagt Bernd Klinkhammer von der Wormser Beratungsfirma Ökon, die sich auf Kommunalfirmen spezialisiert hat.“

Verteidigung des noch verbliebenen öffentlichen Eigentums und seine Gestaltung zum Wohl des Gemeinwesens – das sind dringliche Aufgaben linker Eigentums politik. Doch diese hat einen weiteren Horizont.

4. Transformation der Eigentumsverhältnisse

Erstens: Die entscheidende Antwort alternativer Kräfte auf die Eigentumsfrage unter den gegenwärtigen Bedingungen kann nur eine radikale Erneuerung der Demokratie sein, die sämtliche Formen des Eigentums sozialen und ökologischen Maßstäben unterordnet.

Zu unterscheiden ist zwischen Eigentum an Machtressourcen und Verfügung über dieses Eigentum. Weitreichende Demokratisierung vermag die Verfügung über alle Eigentumsformen einschließlich des privatkapitalistischen Eigentums nach gesetzlich geregelten sozialen und ökologischen Maßstäben zu verändern. Die Geschichte der Sozialgesetzgebung belegt das – verweist allerdings zugleich auf Grenzen in Abhängigkeit vom jeweiligen Kräfteverhältnis.

Solche Veränderung in der Verfügung geschieht u. a. durch erweiterte Mitbestimmung in Unternehmen. Gestärkte Gewerkschaftsmacht und wachsender Einfluss anderer gesellschaftlicher Kräfte können Produktionszwecke, Arbeitsbedingungen und die Verhaltensweisen privater Unternehmen verändern. Sozial- und Umweltpolitik, Steuer- und Strukturpolitik, Politik für Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierungsgesetze sind in der Lage, die Verfügung auch über privates Kapitaleigentum veränderten Kriterien zu unterwerfen. *Wenn dies geschieht, werden auch bei formal gleichbleibenden Eigentumstiteln die Eigentumsverhältnisse selbst verändert.* Das ist ein realistischer Ansatz, weil er erstens bereits erprobt ist. Es hat in der Vergangenheit immer wieder erfolgreiche Versuche einer solchen Teilsozialisierung der Verfügung über das Eigentum gegeben. Zweitens können durch neue Erfolge auf diesem Wege die Chancen zu weitergehenden Schritten eröffnet werden.

Die Eigentümerfunktion muss mittels demokratischer Entscheidungen über sozial-ökologische Rahmenbedingungen des Wirtschaftens, über die langfristigen Grundrichtungen gesellschaftlicher Entwicklung und die Gemeinwohlbindung des Eigentums auf soziale Gruppen ausgeweitet werden, die bisher stets nur Betroffene sind, aber nichts mit zu entscheiden haben. Die ökonomische Herrschaft Weniger über die Mehrheit dagegen soll zurückgedrängt und letztlich überwunden werden. Alternative Eigentums politik zielt darauf, in demokratischen Verfahren einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in wesentlichen Fragen Einfluss auf

die Verfügung über Wirtschaftsressourcen zu verschaffen.

Dieser Gedanke scheint in manchen Schritten lateinamerikanischer Regierungen praktische Gestalt anzunehmen. Zwar hat zum Beispiel die Regierung Evo Morales in Bolivien am 1. Mai 2006 eine Nationalisierung der Naturgasfelder proklamiert. Aber die privaten Gesellschaften, die das Gas dort ausbeuten, wurden nicht enteignet, sondern die Aufteilung der Erlöse zwischen ihnen und dem Staat wurde im Verhältnis von 82 zu 18 zugunsten des Staates neu geregelt.

Zusammengefasst: Eine wesentliche Richtung linker Eigentumspolitik ist erstens die veränderte Verfügung über alle Eigentumsformen durch radikale Erneuerung der Demokratie.

Zweitens: Für einige wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Sphären sieht DIE LINKE jedoch weitergehende Notwendigkeiten: die Überführung von Kapitaleigentum in gesellschaftliches Eigentum und die Bewahrung von öffentlichem Eigentum gegen Privatisierungsabsichten.

Eine wichtige Frage für linke Eigentumspolitik ist, nach welchen Kriterien Produkte und Leistungen entweder im Rahmen privater oder in öffentlichen Eigentumsformen produziert oder bereitgestellt werden sollen, ob und nach welchen Maßstäben sie staatlich hergestellt oder womöglich staatlich nur gewährleistet werden sollen. Vorausgesetzt bleibt dabei, dass eine Erneuerung der Demokratie soziale und ökologische Maßstäbe des Wirtschaftens für sämtliche Formen des Eigentums erreichen soll. Offenkundig unterscheidet sich diese Fragestellung jedoch grundsätzlich davon, dass nach marktradikalem Dogma alles Eigentum an Wirtschaftsressourcen privat sein oder dass es nach ursprünglicher kommunistischer Auffassung generell Staatseigentum werden sollte.

Der Umgang mit Eigentum wird allerdings oft vorbei an allen Erwägungen der Theoretiker und Politiker durch die Bürgerinnen und Bürger selbst und in den Kämpfen entschieden, die aus den Folgen des Handelns der Eigentümer und Nichteigentümer entstehen.

In Freiburg im Breisgau beispielsweise hatte die Mehrheit von CDU und Grünen im Stadtparlament die Privatisierung von 9.000 kommunalen Wohnungen geplant. In einem Bürgerentscheid lehnten 41.000 Bürgerinnen und Bürger diesen Verkauf ab und brachten damit das Vorhaben zu Fall.

Weit dramatischer verlief der „Wasserkrieg“, der in der bolivianischen Stadt Cochabamba tobte. Die Stadtberechtigten schlossen im Jahr 1999 einen Konzessionsvertrag über die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung für einen Zeitraum von 40 Jahren mit dem internationalen Konsortium Aguas del Tunari ab. Das Konsortium wurde vom dem US-Baukonzern Bechtel geführt. Nach

kurzer Zeit stiegen die Wasserpreise um mehr als 100 Prozent. Das führt zu so heftigen Protesten und Aufständen, dass der Notstand ausgerufen wurde und dies einen landesweiten Generalstreik herausforderte. Der Kampf um das Wasser geriet zeitweilig zum Brennpunkt der sozialen Kämpfe in Bolivien und wurde zum Bestandteil von Mobilisierungen, in deren Gefolge zwei Präsidenten gestürzt wurden. Der Privatisierungsvertrag von Cochabamba mit dem Konsortium musste gekündigt werden. Allerdings klagt das Konsortium vor dem bei der Weltbank eingerichteten Schiedsgericht ISID (International Centre for the Settlement of Investment Disputes) und fordert von Bolivien das Dreifache der ursprünglichen Investitionssumme als Schadensersatz⁸. Niemand konnte beispielsweise voraussehen, dass die Absicht des Shell-Konzerns, die Ölplattform „Brent Spar“ in der Nordsee zu versenken, im Jahre 1995 Millionen Autofahrer zum Boykott der Tankstellen mit dem gelben Muschel-Logo herausfordern würde – mobilisiert vor allem von Greenpeace. Zwar veränderte dies die kapitalistische Eigentumsform des Konzerns nicht. Aber in einem wichtigen Punkt konnte er mit seinem Eigentum nicht nach seinen eigenen Maßstäben umgehen. Der Konzern musste einlenken.⁹

In Brasilien hat sich die Bewegung der Landlosen (MST) zu einer mächtigen sozialen Kraft entwickelt. Trotz schärfster Repressionen früherer Regierungen und vieler von Großgrundbesitzern angestifteten Auftragsmorde an ihren Führern hat diese Bewegung nach eigenen Angaben die Besetzung und Aneignung nicht bewirtschafteten Bodens für etwa 420.000 Familien und ihre Ansiedlung erreicht¹⁰. Unter der Präsidentschaft Cardosos noch kriminalisiert, wird sie von der Regierung „Lula“ da Silva als Bündnispartner angesehen – auch wenn die Rücksicht der Regierung auf die Lati-fundistas immer wieder zu Konflikten mit den Landlosen führt. Im Zeitraum von 2003 bis 2006 wurde jährlich eine Ansiedlung von etwa 100000 Familien erreicht – eine Verdopplung gegenüber der Vorgängerregierung Cardoso.¹¹

8 Fritz, Thomas: Die letzte Grenze. GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen in der WTO. Sachstand, Probleme, Alternativen. Berlin 2003; Ulrich Goedeking: Partizipation und Blockade in Bolivien. In: Jahrbuch 29 Lateinamerika. Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Analysen und Berichte. Münster 2005, S. 102.

9 Werner, Klaus/Weiss, Hans: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Wien/Frankfurt a. M. 2001, S. 16

10 Matheus, Delwek: Es geht uns um die soziale Entwicklung unserer Welt. In: Aktionsbündnis Globale Landwirtschaft. Widerstand ist fruchtbar. Analysen und Perspektiven für eine nichtkapitalistische Landwirtschaft. Reader des Aktionsbündnisses Globale Landwirtschaft zum G8-Gipfel 2007. S. 9. Göttingen 2007.

11 Bartelt, Dawid Danilo: Die Regierung Lula und ihre linken Kritiker. In: Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Analysen und Berichte. Jahrbuch 29 Lateinamerika. S. 29. Münster 2005.

In Südafrika und in anderen Ländern haben sich Kämpfe um die Einschränkung der Eigentümermacht von Pharmakonzernen als Reaktion auf die Not durch Aids entwickelt. Die extrem hohen Preise für Medikamente zur Behandlung von Aids sind für die überwältigende Mehrheit der betroffenen Afrikaner nicht bezahlbar. Deshalb erließ die Regierung Nelson Mandela 1997 gestützt auf die weltweite Anti-Aids-Bewegung, auf internationale Nicht-Regierungsorganisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“, „Oxfam“ und „Treatment Action Campaign“, einer Vereinigung von Menschenrechtsgruppen und Betroffenen, ein Gesetz, das die für 20 Jahre geltenden Patentlaufzeiten beschneidet und die billige Nachahmung lebenswichtiger geschützter Medikamente in der Südafrikanischen Republik für legal erklärte.

39 Pharmakonzerne, darunter der Bayer-Konzern, klagten Anfang 2001 gegen diese Beschneidung ihrer Eigentumsrechte. Die US-Administration drohte unter dem Einfluss der Pharma-Lobby sogar mit Handelsanktionen gegen Südafrika. Selbst bei Anerkennung von Patentrechten auf mit hohem Forschungsaufwand entwickelte Medikamente war die Inkaufnahme von durchschnittlich 5000 Aids-Toten am Tag im Empfinden der internationalen Öffentlichkeit nicht hinnehmbar – zumal die Gewinneinbußen in Afrika im Verhältnis zu der Hauptprofitmasse auf den entscheidenden Pharmamärkten der westlichen Welt kaum ins Gewicht fallen. Die Pharmafirmen mussten ihre Klage zurücknehmen.¹²

Nirgendwo waren die Kämpfe um die Verfügung über Eigentum oder um die Eigentumsform selbst vorwiegend das Ergebnis theoretischer Überlegungen. Wohl aber beeinflussten theoretische und politische Auffassungen der beteiligten Akteure den Verlauf der Auseinandersetzung.

Welche Eigentumsform sich in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären durchsetzt, wird von der künftigen Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den gegensätzlichen Kräften und von ihren Vorstellungen abhängen. Zudem müssen sich die von der Linken verfochtenen Alternativen praktisch bewähren, indem sie die allgemeine Zugänglichkeit jeder und jedes Einzelnen zu den Grundgütern eines selbstbestimmten Lebens tatsächlich sichern und dies mit Demokratie und Effizienz verbinden.

5. Öffentliches oder Kapitaleigentum? Entscheidungskriterien

• *Artikel 15 Grundgesetz:*

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

• *„Gesetzentwurf der FDP-Bundestagsfraktion zur Abschaffung der Sozialisierung“ v. 8.11.2006:*

„Die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Vorstellungen durch Sozialisierungen sowie die Vergesellschaftung als Mittel der Wirtschaftspolitik generell haben sich überlebt. Allein die Existenz des Artikels 15 GG stellt daher eine potentielle Bedrohung der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik dar, da sie eine gesetzliche Ermächtigung zu Grundrechtseingriffen bedeutet.“

Welches könnten die Kriterien für die rational begründete Entscheidung zwischen verschiedenen Eigentumsformen sein?

1. Dort, wo für jede Bürgerin und jeden Bürger gleiche Teilhabe an Gütern und Leistungen unabhängig von individueller Zahlungsfähigkeit verwirklicht werden soll, versagt das private Kapitaleigentum. Das Kapital flieht seiner innersten Natur gemäß unrentable Sphären. *Deshalb tritt die Linke radikal für Erhalt und Ausweitung des öffentlichen Eigentums im Bildungs- und Gesundheitswesen und in vielen anderen der mehr als 155 Teilsektoren der 11 Hauptkategorien von Daseinsvorsorge und Dienstleistungen ein, die im Rahmen von GATS und der Wettbewerbspolitik der Europäischen Kommission ihres öffentlichen Charakters beraubt und privatisiert werden sollen*¹³.

2. Eine weitere Überlegung zur Frage nach wünschenswerten Eigentumsformen lautet: Wo strategische Entscheidungen zu langfristigen Entwicklungen aus lebenserhaltenden Gründen über kurzfristige Maßstäbe dominieren müssen, werden private Eigentumsformen oft zum Hemmnis. Wo dieser Konflikt aufbricht, wird die Linke anstreben, die Verfügung über Kapitaleigentum so zu verändern, dass im Verlauf von längeren Schrittfolgen und auch durch gesetzliche Grundentscheidungen öffentliches Eigentum an die Stelle von privatem Kapitaleigentum tritt. Wo der Wandel der Kräfteverhältnisse dafür noch nicht ausreicht, zielt linke Politik zumindest auf vollständige Transparenz, demokratische Kontrollen, dafür geeignete Institutionen und Mechanismen, unabhängige Regulierungsinstanzen und bürgernahe Streitschlichtungsmechanismen, um die Verfügung der Kapitaleigentümer über ihr Eigentum

12 Werner/Weiss, a. a. O.: 106 ff.

13 Vgl. dazu im Überblick: <http://de.wikipedia.org/wiki/GATS>.

den Gemeinwohlinteressen anzunähern und einen transformatorischen Wandel der Eigentumsverhältnisse einzuleiten.

Nach diesem Kriterium kollidieren beispielsweise die kurzfristigen Interessen der fossilistischen Energiewirtschaft einschließlich der monopolistischen Netzeigentümer ebenso wie die imperialen Strategien der Erdölkonzerne und die Interessen der internationalen Finanzanleger (besonders der Hedgefonds) an kurzfristigen Finanzgeschäften mit der Dringlichkeit weitsichtiger Klimapolitik, Friedenssicherung und vorausschauender Strukturpolitik überhaupt.

3. Elmar Altvater betont einen weiteren Umstand, der nach der hier vorgenommenen Interpretation für öffentliches Eigentum oder zumindest für eine starke demokratische Einflussnahme auf die Verfügung über gegenwärtig privates Kapitaleigentum spricht. Je größer die *negativen* Folgekosten der Tätigkeit eines Unternehmens für die Gesellschaft sind – abhängig von der Art der Tätigkeit und der Größe dieses Unternehmens – desto weniger ist der Marktmechanismus geeignet, dieser Tendenz der Gewinnmaximierung auf Kosten anderer entgegenzuwirken. Denn der Markt zwingt zwar dazu, die gegenwärtigen Kosten zu kalkulieren, blendet jedoch die Langzeitkosten für die Gesellschaft aus, etwa die Erosion der Klimastabilität, die Zerstörung der Ozonschicht, tropischer Wälder, des Wasserhaushalts der Erde und ähnliches. Dort, wo aus privaten Profitinteressen solche langfristige Zerstörung entspringt, liegt Engagement für den Übergang zu öffentlichem Eigentum nahe.¹⁴

Welche Unternehmen dies aus konkreten Anlässen künftig betreffen mag, könnte sich – wie oben dargestellt – aus der Zuspitzung von sozialen Konflikten ergeben, aus Umweltproblemen oder z. B. der Verstrickung von Rüstungsexporturen in Kriege.

4. Ein wichtiges Kriterium für Entscheidungen über das Verhältnis von öffentlichem und privatem Eigentum ist ferner die unterschiedliche Eignung der verschiedenen Eigentumsformen für die Regulierung von volkswirtschaftlichen Proportionen.

Hochkonzentriertes monopolistisch-oligopolistisches Kapitaleigentum vermag dies nur äußerst begrenzt zu leisten und versagt besonders bei der Regulierung von Grundproportionen, die nur unterdurchschnittlichen oder gar keinen Profit versprechen, deren Umbau große Teile des angelegten Kapitals entwertet oder die mit den Herrschaftsinteressen der ökonomischen Macheliten unverträglich sind. Das betrifft beispielsweise den Ausstieg aus einer fossilistischen und atomaren Energiewirtschaft, das Verhältnis von produktiven und Finan-

zinvestitionen, von Exportmärkten und Binnenmärkten, von kurzfristig und langfristig rentablen Anlagen, von ressourcenintensiven und nachhaltigen Lebensweisen, von metropolitaner Expansion und solidarischer Entwicklungspolitik, von ziviler und Rüstungsproduktion. Nachhaltige Grundproportionen bedürfen eher öffentlichen Eigentums, zumindest starker Kontrolle des Kapitaleigentums und der Einschränkung der Verfügungsmacht der Eigentümer durch sozialökologische Rahmensetzung, lenkende öffentliche Interventionen, zivilgesellschaftlichen Drucks und erweiterter Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie in Unternehmen und Wirtschaft.

Aber auch staatliches Eigentum wird selbst bei hochradiger Computerisierung von Wirtschaftsentscheidungen keinen Planungsprozess ermöglichen, der die gesellschaftliche Arbeit genügend beweglich, effizient und innovativ entsprechend der ungeheuren Vielfalt der Bedürfnisse zu verteilen vermag. Das belegen die staatssozialistischen Erfahrungen. Ein Computer-Sozialismus gehört gewiss in das Reich der Illusionen.¹⁵ Deshalb bleibt der Marktmechanismus nach den Vorstellungen der modernen Linken auch in transformatorischen Prozessen unabdingbar. Dies gilt vor allem für die Regulierung der Feinproportionen, für die Reaktion auf die Nachfrage der vielen Millionen Verbraucher nach Gütern und Dienstleistungen des Konsums, aber auch nach Investitionsgütern und Bauleistungen. Privates Eigentum von Handwerkern und Händlern, Eigentum vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen, genossenschaftliches und gemischtes Eigentum und sicher oft auch größere private Firmen behalten eine wichtige Stellung unter den verschiedenen Eigentumsformen.

Erforderlich ist jedoch, dass globale, europäische und nationale Rahmensetzung und orientierende strategische Planung auf dem Weg in eine andere Welt das private Kapitaleigentum und das Privateigentum kleiner Warenproduzenten in eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung einbinden. Auf solche Weise sollten öffentliches, genossenschaftliches und privates Eigentum in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht und jegliche Eigentumsform sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Zielen untergeordnet werden. Erneuerung der Demokratie ist die einzige Chance, mit den dabei zwangsläufig wirkenden Widersprüchen und Interessengegensätzen produktiv umzugehen.

Vom Standpunkt der Eigentumsverhältnisse und der Regulationsweise wird eine emanzipatorische Alternative – eine demokratische sozialökologische Entwicklungsvariante der Gesellschaft – den Charakter einer *Mischwirtschaft* tragen.

14 Altvater, Elmar: Was geschieht, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? Paper für den Workshop „Public Goods, Privatisation, Good Governance – the Impact on Policy Coordination. 17.-19. Januar. Berlin 2003

15 Crome, Erhard: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Berlin 2006. S. 33 ff.

Zusammengefasst: Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Rahmen eines solchen Transformationsprozesses hätte eine doppelte Richtung:

- Unterordnung ausnahmslos aller Eigentumsverhältnisse unter die Dominanz sozialökologischer Maßstäbe demokratischen Wandels,
- Durchsetzung eines neuen Mix von Eigentumsformen, so dass die Eigentumsbasis des Finanzkapitals geschwächt, das öffentliche Eigentum gestärkt und zwischen privatem, öffentlichem, gemischtem und genossenschaftlichem Eigentum eine funktionsfähige Balance hergestellt wird.

Nachbemerkung

Zu den Stärken des Neoliberalismus gehört die Macht seiner Protagonisten. Um so wichtiger für die Linke ist, mit ihrer konkreten Politik zu beweisen, dass trotz der Machtverhältnisse die Gesellschaft zum Positiven verändert werden kann. Um so wichtiger, überzeugende Perspektiven über die herrschenden Verhältnisse hinaus zu begründen.

Wenn aber sowohl die gegenwärtige Politik als auch tragende Vorstellungen von der Zukunft im Kern Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse betreffen, kommt Wegen zu deren Veränderung eine besondere Stellung in alternativen Gesellschaftsvorstellungen zu. Entsprechend hat in der Linken die Auseinandersetzung über Eigentumsfragen stets besondere Schärfe angenommen. Die Diskussion in der Linkspartei um den Verkauf des Dresdner kommunalen Wohnungsbestandes ist ein jüngstes Beispiel dafür und auch für die Neigung der Beteiligten, in der Polemik die Sachverhalte zu vereinfachen und zu vereinsamen.

Nun hat der vorliegende Beitrag noch einmal die komplizierte Differenziertheit der Fragen deutlich gemacht, die im Eigentum stecken. Jede Einseitigkeit und Vereinfachung verfehlt das notwendige Verständnis für die wirklichen Probleme, beschädigt die politische Kultur des Umgangs mit ihnen und behindert taugliche Antworten. Deshalb läuft die Nachbemerkung darauf hinaus, für die programmatische und praktisch-politische Debatte der Linken eine politische Kultur anzumahnen, die durch die Sache erforderlich ist und erst recht durch die eigenen Werte der Linken. Sie wird – auch wenn wir in einer Gesellschaft grober Vereinfachungen leben – der Linken in der Öffentlichkeit gut stehen.

Prof. Dr. Dieter Klein ist Leiter der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

In diesem Jahr bereits erschienene »Standpunkte«:

1/2007: Reiner Zilkenat, *Neues zum Antisemitismus – Zustände in Deutschland*

2/2007: Dieter Klein, Michael Brie, *Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung*

3/2007: Klaus Lederer, *Der „Fall“ Sparkasse Berlin: Lackmustest für die Glaubwürdigkeit einer neuen Linken*

4/2007: Jörn Schüttrumpf, *Rosa Luxemburg, die Patin des Terrors?*

5/2007: Judith Dellheim, *Bedarfsorientierte Soziale Grundsicherung versus Bedingungsloses Grundeinkommen*

6/2007: Ulrich Brand, *Die »grün« muss die Linke sein? Zur Frage der Gerechtigkeit: Verkürzungen der aktuellen Klimadebatte und herrschender Nachhaltigkeit*

7/2007: Ulrich Schachtschneider, *Wie »grün« muss die Linke sein? »Grün« muss links sein!*

8/2007: Werner Ruf, *Islamische Bedrohung?*

9/2007: Lutz Brangsch, Michael Brie, *In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele. Eine gescheiterte Strategie*

10/2007: Peter Birke, Bernd Hüttner, *Brennend aktuell: die »1968er Jahre« in historisch-politischer Perspektive*

11/2007: Bernd Hüttner, Norbert Schepers, *Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007: DIE LINKE im Westen angekommen?*

12/2007: Rainer Rilling, *Die Eigentumsfrage kehrt zurück. Eine Zwischenbilanz zur Politik der Privatisierung*

13/2007: Kevin Stützel, *Antikapitalismus von rechts? Globalisierungskritik, die extreme Rechte und der G8-Gipfel in Heiligendamm*

14/2007: Lutz Brangsch, *Nicht an Armut und Ausgrenzung gewöhnen... Hartz IV und Wertedebatte: Menschenbilder in der Sozialpolitik*

15/2007: Lutz Brangsch, *Finanzkrise – worum geht es?*

16/2007: Mario Candeias, Bernd Röttger, *„Nicht widerstandslos enthaupten lassen!“ Beteiligungsorientierte Betriebspolitik und lokale Arbeiterbewegung: Wege aus der gewerkschaftlichen Defensive?*

17/2007: Heinz Hillebrand, Axel Troost, *Demokratischer Sozialismus – Metamorphose eines Begriffs*

Alle „Standpunkte“ sind zu finden unter www.rosalux.de